Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Pressemitteilung
Nr. 61/2025
Kiel, 26.03.2025

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

SSW fordert gerechte Mittelverteilung: "Es darf kein Nord-Süd-Gefälle geben!"

Die Lockerung der Schuldenbremse ermögliche es, wichtige Investitionen auf den Weg zu bringen. Entscheidend sei allerdings, dass die Mittel überall im Land spürbare Verbesserungen bewirken, betonte SSW-Fraktionschef Dirschauer heute im Kieler Landtag.

In seiner heutigen Rede im Landtag sprach Christian Dirschauer, Fraktionsvorsitzender der SSW, über die entscheidenden Neuerungen bei der Schuldenbremse und den neu geschaffenen Sondervermögen. Er legte Wert darauf, dass die Verteilung dieser Mittel sowohl ein Nord-Süd-Gefälle auf Bundesebene als auch innerhalb Schleswig-Holsteins vermeidet.

"Der Bund hat mit den Plänen zur Lockerung der Schuldenbremse die Weichen für notwendige Infrastrukturinvestitionen gestellt. Uns ist besonders der Ausbau des KiTa-Systems, der Küstenschutz und die Verbesserung der Infrastruktur wichtig, um die Lebensqualität der Menschen zu sichern und zu steigern", sagte Dirschauer.
Eine transparente und nach klaren Kriterien erfolgende Mittelverteilung sei essenziell, um sicherzustellen, dass auch strukturschwache und ländliche Regionen angemessen profitieren. "Entscheidend darf nicht sein, wo Bundesminister herkommen, oder welche Lobby die stärkste ist, sondern wo das Geld tatsächlich gebraucht wird", so Dirschauer. Hier müsse auch die deutsch-dänische Grenzregion mitgedacht werden.

Der SSW-Fraktionschef unterstrich auch die Bedeutung der Förderung der Antragsfähigkeit regionaler Einheiten, um die Effektivität der Mittelverwendung zu maximieren: "Wir müssen die Fähigkeiten in unseren Kommunen stärken, damit sie erfolgreich Fördermittel akquirieren können."

Für die Akzeptanz dieser außergewöhnlichen Schuldenaufnahme sei es entscheidend, dass das Geld auch tatsächlich bei den Menschen ankomme und nicht in bürokratischen Prozessen versickere, unterstrich Dirschauer: “Die Investitionen müssen überall im Land spürbare und nachhaltige Verbesserungen im Alltag bewirken.”